



Suchergebnisse: Freilassung

1718 – Die Waisenkinder werden abgefunden

Bogenhausen * Nach seiner Freilassung bringt der Vormund die Angelegenheit vor das Salzburger Konsistorium, das dem Freisinger Fürstbischof Johann Franz Eckher von Kapfing und Liechteneck eine scharfe Rüge für seinen parteilichen Consens erteilte. Außerdem sollte der Verkauf nur dann gelten, wenn Graf Maximilian Cajetan von Törring-Seefeld den Kindern zusätzlich 1.050 Gulden zahlen und für deren Ausbildung aufkommen würde. Dem Grafen ist die Angelegenheit aus mehreren Gründen äußerst peinlich, weshalb er die aufgestellten Bedingungen akzeptiert.

15. Dezember 1794 – Gesellen von 30 Zünften treten in den Streik

München * Nachdem der Magistrat und die inzwischen eingeschaltete Regierung die bis zu einem endgültigen Urteil geforderte Freilassung der inhaftierten Schlossergesellen verzögerten, treten die Gesellen von insgesamt dreißig Zünften in den allgemeinen Streik. Der Kurfürst lässt ihnen daraufhin mitteilen, dass er in der Sache nicht nachgeben wird und sich die Gesellen umgehend an die Arbeit begeben und Gehorsam zeigen sollen.

9. Dezember 1795 – Appell an die Großmut und Gnade des Kurfürsten

München * Der Stadtmagistrat appelliert an die Großmut und Gnade des Kurfürsten und bittet um Freilassung der vier als Haupträdelsführer verhafteten Handwerker.

29. Juli 1833 – Prozess gegen die Wortführer des Hambacher Festes endet mit Freispruch

Landau/Pfalz * Der Prozess gegen die Wortführer des Hambacher Festes findet in Landau statt. Er dauert bis zum 16. August und endet mit dem Freispruch der Angeklagten. König Ludwig I. versucht die Freilassung des Juristen und Publizisten Dr. Johann Georg August Wirth sowie des Juristen Dr. Philipp Jakob Siebenpfeiffer zu verhindern, indem er aufgrund napoleonischer Gesetze eine „Präventivhaft“ anordnet. Aus seiner Sicht sind von den Beiden „staatsgefährdende Aktivitäten“ zu befürchten. Wegen kleinerer Vergehen (Beamtenbeleidigung) werden sie vor ein Zuchtpolizeigericht gestellt und zur Höchststrafe von zwei Jahren verurteilt.



Dezember 1835 – Johann Georg August Wirth muss noch eine sechswöchige Strafe absitzen

Passau * Der Jurist und Publizist Dr. Johann Georg August Wirth, einer der Wortführer des Hambacher Festes, wird nach seiner Freilassung nach Passau gebracht, um dort noch eine sechswöchige Kontumazstrafe (Verurteilung wegen Nichterscheinen vor Gericht) aus dem Jahr 1831 abzusitzen.

23. August 1916 – Karl Liebknecht zu über vier Jahren Zuchthaus verurteilt

Berlin * Das Urteil gegen Karl Liebknecht lautet in der zweiten Instanz: „Der Angeklagte wird wegen versuchten Kriegsverrat in Tateinheit mit erschwerem Ungehorsam im Felde sowie wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt mit vier Jahren und einem Monat Zuchthaus bestraft. Zugleich wird auf Entfernung aus dem Heere, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von sechs Jahren [...] erkannt.“ Hugo Haase, der bis März 1916 immerhin SPD-Vorsitzender ist, setzt sich vergeblich für Liebknechts Freilassung ein.

28. Januar 1918 – Hunderttausend Arbeiter treten in Berlin in den Streik

Berlin * Am ersten Tag des Ausstands folgen rund 100.000 Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter dem Aufruf der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei - USPD zum Streik. Das Motto heißt: „Frieden und Brot!“. Ihre Hauptforderungen lauten: Den sofortigen allgemeinen Frieden ohne Annexion und Kontributionen, das vollständige Presse- und Koalitionsrecht, sowie Versammlungsfreiheit, die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Entmilitarisierung der Betriebe und Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes, die Freilassung und Aufhebung des Zuchthausurteils gegen Karl Liebknecht, sowie die Freilassung sämtlicher politischen Gefangenen und Verurteilten. Für Deutschland fordern die von den Streikenden gebildeten Berliner Arbeiterräte eine „durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen“. Das Vorbild der österreichischen Kolleginnen und Kollegen hat auch die deutsche Arbeiterschaft ermutigt. Die Versammelten rufen die Arbeiterschaft der Kriegsgegner auf, es ihnen gleichzutun und ebenfalls in einen Massestreik einzutreten, „denn erst der gemeinsame, internationale Klassenkampf schafft Arbeit und Brot“. Zur Umsetzung dieser Forderung sollte es allerdings nicht kommen. Dafür gelingt es den revolutionären Obleuten - zwar widerstrebend, aber strategisch sehr geschickt, - auch die Mehrheits-SPD in den Kampf zu integrieren. Das ist ein beachtenswerter Versuch der Wiederannäherung.



1. Februar 1918 – Protestmarsch der Streikenden zum Polizeipräsidium

München-Schwabing * Am Vormittag treffen sich die streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter der Bayerischen Geschützwerke, Teile der Belegschaft der Lokomotivfabrik Maffei sowie die Arbeiterinnen und Arbeiter der Lederfabrik Gebrüder Hesselberger und des BMW-Werkes zur Auftaktveranstaltung in der Schwabinger Brauerei. Im Anschluss ziehen sie in einem Protestmarsch zum Polizeipräsidium in der Ettstraße. Stand bisher die Friedensfrage im Mittelpunkt, so wird nach der Verhaftungsaktion die Freilassung der Gefangenen zur Hauptaufgabe. Zu diesem Zweck hat die Versammlung eine vierköpfige Kommission gewählt, die beim Polizeipräsidenten die Freilassung der Inhaftierten erwirken soll. Da - nach Aussage des Polizeipräsidenten - die Polizei keine Einflussmöglichkeiten auf die gerichtlichen Entscheidungen hat, muss die Kommission ohne Ergebnis wieder abziehen.

2. Februar 1918 – Die Verhaftung der USPD-Streikführer erfolgte wegen Landesverrat

München * Ein weiterer Versuch durch eine Kommission der streikenden Arbeiter zur Freilassung von Kurt Eisner und den anderen verhafteten USPD-Funktionären ist erneut erfolglos. Die Abordnung erfährt nur, dass die Verhaftungen wegen Landesverrats erfolgt sind.

2. Februar 1918 – Die Streikenden erarbeiten einen Forderungskatalog

München-Theresienwiese * Im Anschluss ziehen die Versammelten zur Theresienwiese, wo sich insgesamt 6.000 Streikende aus verschiedenen Betrieben einfinden. Ein Forderungskatalog wird erarbeitet, der dem der Berliner Arbeiter entspricht: Neben der Freilassung der inhaftierten Streikführer sind das die Umwandlung des politischen Systems in ein demokratisches, die Wiederherstellung der Koalitions-, der Presse- und der Versammlungsfreiheit, die Aufhebung des Belagerungszustands und die gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel.

16. Februar 1918 – Freundlich empfangen - nichts erreicht

München-Kreuzviertel * Die am 8. Februar gewählte Kommission wird von Ministerpräsident Otto von Dandl, Innenminister Dr. Friedrich von Brettreich und Kriegsminister Philipp von Hellingrath empfangen. Der Sprecher der Kommission, der MSPD-Landtagsabgeordnete Erhard Auer, trägt die Wünsche der Arbeiterausschüsse vor. Die Forderung nach Freilassung der verhafteten



Streikführer ist auf der Liste nicht mehr enthalten. Die Minister beziehen freundlich zu den Forderungen und Anregungen Stellung, Zugeständnisse machen sie jedoch keine. Der Empfang der Kommission wirkt sich dennoch beruhigend auf die Arbeiterschaft aus.

7. Oktober 1918 – Die Haftentlassung für Kurt Eisner wird beantragt

München - Leipzig * Kurt Eisners Rechtsanwalt, Dr. Benedikt Bernheim, beantragt dessen Haftentlassung. Obwohl der Oberreichsanwalt in Leipzig diesem Begehren widerspricht, entscheidet der 1. Strafsenat des Reichsgerichts für die Freilassung.

22. Oktober 1918 – Albert Winter sen. wird aus der Untersuchungshaft entlassen

München-Au * Der am 31. Januar 1918 wegen seiner Beteiligung am Januarstreik verhaftete Schreinermeister und Vorsitzende der Münchner USPD, Albert Winter sen., wird aus der Untersuchungshaft entlassen. Seine Freilassung erfolgt aufgrund seiner Kandidatur für die USPD für die Landtagsersatzwahl.

1. November 1918 – Die Freilassung der Meuterer von Wilhelmshaven gefordert

Kiel * Die Matrosen des Dritten Geschwaders schicken eine Abordnung zum Ortskommandanten und verlangen die Freilassung der aufgrund der Meuterei von Wilhelmshaven eingesperrten Matrosen. Ihnen ist klar geworden, dass nur die Besatzungen der „Thüringen“ und der „Helgoland“ gemeutert hatten, aber fast alle anderen knapp davor waren. Ihre Kollegen haben ihnen mit dieser Aktion das Leben gerettet und sollen jetzt dafür hingerichtet werden. Das Ansinnen wird vom Ortskommandanten abgelehnt.

3. November 1918 – Die Freilassung der Januarstreik-Gefangenen gefordert

München-Stadelheim - Leipzig * Um 13 Uhr verlangt eine Abordnung vor dem Gefängnis Stadelheim die Freilassung der wegen der Januarstreiks noch immer Inhaftierten. Am Abend trifft ein Telegramm des Oberreichsanwalts aus Leipzig in, in dem die Haftbefehle aufgehoben werden.

23. Dezember 1918 – Missverständnisse ausgeräumt und Lösungen gefunden



Berlin * Als die Truppen des Generalkommandos gegen 22 Uhr eintreffen sind in Verhandlungen Missverständnisse ausgeräumt und Lösungen gefunden. Auch die Freilassung von Otto Wels und seinen mitgefangenen Mitarbeitern ist besprochen. Es herrscht Einigkeit. Aber die Truppen des Generalkommandos wollen den Kampf.

24. Dezember 1918 – Die Reichskanzlei ist verlassen

Berlin * Der USPD-Vorsitzende Georg Ledebour kann gegen 3 Uhr die sofortige Freilassung des Stadtkommandanten Otto Wels und seiner Mitgefangenen erreichen. Mit einer Abordnung der Matrosen begibt er sich zur Reichskanzlei. Diese ist aber inzwischen geschlossen und verwaist.

7. Januar 1919 – Die Republikanische Schutztruppe zerstreut die Demonstration

München * Am Abend kommt es in der Innenstadt immer wieder zu Menschenansammlungen. Um 22 Uhr will die Menge in die Residenz eindringen, wo sie Eisner versteckt glaubt. Doch der bayerische Ministerpräsident hält sich an diesem Tag in Weiden auf und bekommt die Vorgänge überhaupt nicht mit. Die Republikanische Schutztruppe kann die Demonstration zerstreuen. Gegen 23:30 Uhr verlangt eine rund 200 Mann starke Gruppe vor dem Polizeipräsidium die Freilassung verhafteter Soldaten und Matrosen. Die Menschenansammlung kann zum Abzug bewegt werden.

10. Januar 1919 – Gefangenenerbefreiung durch Demonstrationen

München-Kreuzviertel * Gegen 15 Uhr beginnen die entsetzten Versammelten einen Demonstrationzug zum Montgelas-Palais, in dem Ministerpräsident Kurt Eisner residiert, und fordert die Freilassung der Verhafteten. Eisner erklärt sich zum Empfang einer Abordnung am nächsten Tag bereit, wenn sie ruhig und ohne Massendemonstration käme. Die Demonstranten werden immer erregter. Oskar Maria Graf berichtet: „Hin und her drängte sich alles. Hinter dem verschlossenen Tor, hieß es, stünden schussbereite Maschinengewehrschützen. Man ratschlagte einige Minuten. Auf einmal kletterte ein Matrose auf dem Kandelaber zum Balkon empor, schwang sich drüber und verschwand unter lautem Jubel in der Tür. Kurz darauf erschien er mit Eisner, der fürchtert auf uns herunter schrie: ‚So holt sie euch, in Gottes Namen! Sie sind enthaftet!‘“ Daraufhin ziehen sich die Demonstranten zurück.



8. Februar 1919 – Der Revolutionäre Arbeiterrat verlangt die Freilassung von Max Levien

München * Eine Abordnung des Revolutionären Arbeiterrats verlangt bei Justizminister Dr. Edgar Jaffé die Freilassung des am Tag zuvor verhafteten Kommunistenführers Max Levien.

3. März 1919 – Generalstreik in Groß-Berlin beschlossen

Berlin * Die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte beschließt - bei Enthaltung der sozialdemokratischen Delegierten - einen Generalstreik. Die Streikziele sind rein politische. Es geht um die Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte, die sofortige Durchführung der Hamburger Punkte zur militärischen Kommandogewalt, die Freilassung aller politischen Gefangenen, die sofortige Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr, die sofortige Auflösung aller Freikorps, die Aufnahme politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrußland sowie umfassende Kompetenzen für Arbeiter- und Soldatenräte auf wirtschaftlichem Gebiet.

6. März 1919 – Die sofortige Freilassung der Geiseln gefordert

München * Der SPD-Landtagsabgeordnete und Rechtsanwalt Dr. Max Süßheim stellt auf dem Rätekongress den Antrag auf sofortige Freilassung der Geiseln, die aufgrund des Beschlusses des Zentralrats vom 22. Februar im Hotel Bayerischer Hof in Geiselhaft genommen worden waren. Zu diesem Zeitpunkt sind noch zwölf Geiseln in Stadelheim untergebracht. Fünfzehn sind bereits entlassen worden. Der Rätekongress beschließt die sofortige Entlassung der Geiseln, „soweit nicht nachweisbare Verdachtsgründe vorliegen“.

11. April 1919 – Die Freilassung aller Kriegsgefangenen beschlossen

München * Ernst Toller und der Revolutionäre Zentralrat veranlassen die Freilassung aller Kriegsgefangenen. Sie sollen nicht durch erneute Kampfhandlungen in Mitleidenschaft gezogen werden. Sie können sich ab sofort frei bewegen und dürfen den Freistaat Bayern verlassen.

20. Oktober 1934 – Die erste deutschlandweite Razzia der Nazis gegen Homosexuelle



München-Angerviertel * Die deutschlandweit erste, groß angelegte Razzia der Nazis gegen Homosexuelle. Im Zentrum dieser Maßnahme steht der Gasthof Schwarzfischer in der Dultstraße, zusammen mit dem Arndthof am Glockenbach und diversen einschlägig bekannten Parks, Bedürfnisanstalten und Privatwohnungen. Insgesamt werden bei dieser Aktion 145 Männer festgenommen und in die Ettstraße gebracht. Dort wird abgeglichen, ob es sich um Wiederholungstäter handelt, die sich anschließend Umerziehungsmaßnahmen unterziehen müssen. 39 Festgenommene kommen ins KZ Dachau, viele werden auch nach ihrer Freilassung noch jahrelang schikaniert. Wiederholungstäter ist, wer in der berüchtigten Rosa Liste verzeichnet ist. Dieses Verzeichnis der Homosexuellen besteht bereits seit der Kaiserzeit.

9. Juni 1939 – Pater Rupert Mayer gibt bei der Gestapo eine Erklärung ab

München-Maxvorstadt * Pater Rupert Mayer gibt anlässlich einer Vorladung bei der Gestapo folgende schriftliche Erklärung ab: „Ich erkläre, daß ich im Falle meiner Freilassung trotz des gegen mich verhängten Redeverbotes nach wie voraus grundsätzlichen Erwägungen heraus predigen werde. Ich werde auch weiterhin in der von mir bisher geübten Art und Weise predigen, selbst dann, wenn die staatlichen Behörden, die Polizei und die Gerichte meine Kanzelreden als strafbare Handlungen und als Kanzelmißbrauch bewerten sollten.“
